

Der Freisinn

FDP

Nr. 4
April 1987
9. Jahrgang
Erscheint monatlich

Redaktion:
«Der Freisinn»
Postfach 2642, 3001 Bern
Telefon (031) 22 34 38

Inserate:
ofa Orell Füssli Werbe AG
Holbeinstrasse 30, 8022 Zürich
Telefon (01) 250 31 11

Herausgeber:
Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP)
Postfach 2642, 3001 Bern
Telefon (031) 22 34 38

Was einmal auch zu erwähnen wäre

Vollbeschäftigte Schweiz

Im Gegensatz zu den anderen Industrieländern hat der konjunkturelle Aufschwung in der Schweiz in den vergangenen zwei Jahren endlich auch auf den Arbeitsmarkt durchgeschlagen. Ein Beitrag von Peter Moor:

Im abgelaufenen Jahr wurde, zumindest aus konjunkturpolitischer Sicht, Vollbeschäftigung erreicht. Die Arbeitsmarktindikatoren sprechen eine deutliche Sprache: Die absolute Zahl der gemeldeten Arbeitslosen betrug im Jahresdurchschnitt 25 700 Personen, was eine Arbeitslosenquote von 0,8% ergab. Im Vorjahresvergleich bedeutet dies eine Reduktion der Arbeitslosenzahl um 4600 beziehungsweise 15%. Im Januar 1986 waren noch 31 690 Arbeitslose gemeldet. In den folgenden Monaten war der Trend kontinuierlich rückläufig, im September wurden nur noch 22 464 Arbeitslose gezählt. In den zwei letzten Monaten des Jahres stieg die Zahl saisonbedingt wieder leicht an.

Stetig steigende Tendenz

Die Beschäftigung verzeichnete 1986 eine stetig steigende Tendenz. Die zurzeit aktuellsten Zahlen beziehen sich zwar noch auf das 3. Quartal, für das ganze Jahr darf aber mit einem Beschäftigungsanstieg von rund 1% gerechnet werden. Die gemeldeten offenen Stellen, der dritte von staatlicher Seite regelmässig erhobene Arbeitsmarktindikator, verzeichneten einen kräftigen Anstieg.

Ende Dezember wurden 10 345 Stellen gezählt. Gegenüber dem Vormonat ergab sich, saisonbedingt, eine Abnahme um knapp 14%, gegenüber dem Vorjahresstand hingegen eine Zunahme um knapp ein Viertel. Von privater Seite wird schliesslich das Volumen der Stelleninserate in 50 repräsentativen Zeitungen ermittelt. Auch dieser in der Regel recht zuverlässige Indikator wies 1986 einen äusserst positiven Verlauf auf: Das Volumen der Stelleninserate nahm im Vorjahresvergleich um 25% zu.

In einem gesamtwirtschaftlich positiven Umfeld war die geringe, stagnierende Arbeitslosenquote von 0,8% also gepaart mit einer permanent steigenden Beschäftigung sowie einer hohen Nachfrage nach Arbeitskräften. Das Fazit: Vollbeschäftigung!

Neue Probleme

So glänzend sich die Arbeitsmarktlage aus gesamtwirtschaftlicher Optik auch ausnimmt, so wenig dürfen die dennoch vorhandenen Probleme übersehen werden. Der durch drei Postulate angeregte und kürzlich publizierte Bericht des Bundesrates über «Die Langzeit- und Sockelar-

beitslosigkeit in der Schweiz» zeigt auf, dass ein hierzulande seit dem Zweiten Weltkrieg praktisch unbekanntes Phänomen langsam am Horizont auftaucht: ein strukturell und institutionell bedingter, anhaltender Sockel von Arbeitslosen. Im Vergleich mit einer älteren Studie der Nationalbank, welche die Jahre 1977-82 abdeckt, ergibt sich eine deutliche Zunahme der durchschnittlichen Dauer der Arbeitslosigkeit. In bezug auf das erste Halbjahr 1986 betrug sie laut Bericht 173 Tage. Mit zunehmendem Alter der betroffenen Arbeitnehmer ist zudem eine wachsende Dauer der Stellensuche zu verzeichnen.

Die Situation erscheint paradox: Auf der einen Seite ist der Arbeitsmarkt auf Grund der guten Konjunktur und der Einführung neuer Technologien in einem guten Zustand. In ganzen Bereichen plagen sich die Arbeitgeber gar mit schweren Rekrutierungsproblemen herum. Auf der andern Seite hält sich ein hartnäckiger Sockel von Arbeitslosen. Dieser ist zum einen auch Ausfluss der Umstrukturierungsprozesse als Folge der schon genannten neuen Technologien, die somit sowohl positive als auch negative Konsequenzen zeitigen! Es stellt sich insbesondere ein Ausbildungsproblem, denn die beruflichen Qualifikationen der betroffenen Arbeitnehmer stimmen nicht mehr mit den Anforderungen der offenen Stellen überein.

Zum andern ist die verbleibende Arbeitslosigkeit auch Resultat institutioneller Gegebenheiten. So hat etwa das Anfang 1984 in Kraft gesetzte neue Arbeitslosenversicherungsgesetz eine Ver-

Fortsetzung auf Seite 2

Ständerat Iten nach seiner ersten Session

Eindrücke eines Ratsneulings

«Der Freisinn» hat den als Nachfolger des zurückgetretenen Ständerates Othmar Andermatt gewählten freisinnigen Zuger Regierungsrat Andreas Iten gebeten, seine Eindrücke nach der ersten Session zu schildern:



Andreas Iten bei der Vereidigung in der kleinen Kammer.

(Photo ruti)

Ist es nicht unbescheiden, einen solchen Auftrag anzunehmen? Sollte man nicht besser schweigen und abwarten, bis sich die Eindrücke verfestigen? «Das Neue ist immer ganz unwahrscheinlich» (Karl R. Popper), und das ist vielleicht ein Grund, warum man darüber mehr vernehmen möchte. Aber für einen Regierungsrat, der schon über zwölf Jahre im Amt ist, ist auch eine erste Session nicht so neu, und darum kann er gar nichts Unwahrscheinliches erzählen.

Viel Persönliches

Wenn dieser Text sehr persönlich sein müsste, könnte ich vom erhabenen Gefühl bei der Vereidigung, vom Staunen über den vielfältigen Ratsbetrieb, von Menschlich-Allzumenschlichem, von freundlichen und liebenswürdigen Kontakten unter den Kollegen, von Mechanismen hinter den Kulissen und von Drohgebärden in der Debatte (Karl Miville bei der Importbeschränkung von Fleisch [Motion Zumbühl]: Jetzt reichs es mir aber, jetzt reicht es mir aber wirklich, ich habe...) schreiben. Es würde schon jetzt ein kleines Büchlein füllen. Der Platz dafür ist nicht frei, darum reduziere ich meine Ausführungen auf wenige Punkte:

Spitze eines Eisberges

1. Der Ratsbetrieb kam mir wie die Spitze eines Eisberges vor. Da trat in Erscheinung, was jahrelang erarbeitet, studiert, erdacht und diskutiert wurde. Darum ist das ungeschriebene Gesetz, man solle am Anfang schweigen, richtig und vernünftig. Es gibt so

noch viel zu tun und zu beobachten, denn in den Parlamentariern strukturiert sich die Gesellschaft.

Beeindruckt von den Bundesräten

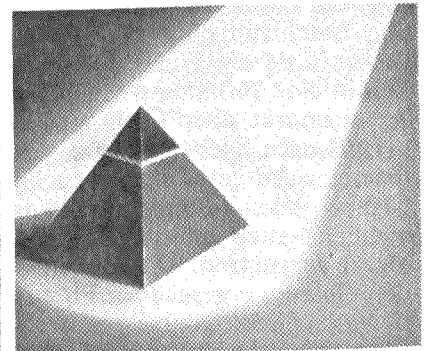
2. Ich erlebte den Auftritt verschiedener Bundesräte und war erfreut, wie überzeugend sie wirkten. Sie beeindruckten durch Sachkenntnis. Hinter ihren Voten wurde eine gut und seriös arbeitende Verwaltung spürbar. Man fasste sofort Vertrauen und wünschte sich bei dem einen oder andern Entscheid des Parlamentes eine stärkere Berücksichtigung der bundesrätlichen Meinung. Da guckt vielleicht etwas der Regierungsrat hervor. Es wurde mir einmal mehr bewusst, dass unser Staat gut funktioniert. Die allermeisten Verwaltungsakte sind korrekt und spielen sich auf der

Fortsetzung auf Seite 4



Kritische Zuhörer findet in einer Fraktionssitzung ein Votum von FDP-Nationalrat Jean-Pierre Bonny (BE), stehend. Ihm hören (v. l.) zu: Nationalrat Dr. Georg Stucky (ZG), Nationalrat Dr. Kurt Müller (ZH) und Ständerat Dr. Otto Schoch (AR). (Photo ruti)

SKA-Anlage-Service plus



Der SKA-Anlage-Service plus präsentiert sich mit immer neuen Spitzenleistungen.



SCHWEIZERISCHE KREDITANSTALT SKA

Ein anderes, ewiges Problem des Nahen Ostens:

Kampf der Kurden

Die Kurdenfrage ist ein ewiges Problem des Nahen Ostens. Die Kurden gehören zu den ältesten Nationen der Welt. Aber es ist eine Nation ohne Staat. Ihr Wunsch nach Unabhängigkeit ist über dreitausend Jahre alt. Und so weit reicht ihre Geschichte zurück, die Geschichte eines Volkes von heute etwa 23 Millionen Menschen mit eigener Kultur und eigener Sprache. Ein Bericht von Jacques Baumgartner:

Die Kurden haben das unselige Schicksal, in einem Gebiet zu leben, in dem sich ebenfalls über Jahrtausende hinweg die Interessen der regionalen Mächte überschneiden. Kurdische Minderheiten gibt es im Irak, in Iran, in der Türkei, in der Sowjetunion und in Syrien. Aber seit Jahrhunderten bekämpfen sich die Kurden untereinander. Darin liegt einer der Hauptgründe dafür, warum sie sich nie zusammenschliessen und als Einheitsfront für ein unabhängiges Kurdistan eintreten konnten.

Eigener Staat versprochen

Ein eigener Staat war ihnen schon einmal in diesem Jahrhundert versprochen worden, und zwar von den Siegern des Ersten Weltkrieges. So steht es zumindest im Friedensvertrag von Sèvres (1920). Aber dieser Vertrag ist vom türkischen Parlament nie ratifiziert worden. Im Friedensvertrag von Lausanne (1923), die Türkei war mittlerweile Republik unter Mustafa Kemal (Atatürk) geworden und hatte Griechenland eine militärische Niederlage zugefügt, ist Kurdistan mit keiner Silbe mehr erwähnt. Seither kämpfen die Kurden für Autonomie, letztlich einen eigenen Staat.

Der Krieg zwischen dem Irak und Iran (Golfkrieg) hat dem kurdischen Begehren spürbaren Auftrieb gegeben. Dieser äussert sich in steigender Gewalt. So überfielen Anfang März kurdische

Kämpfer ein türkisches Dorf nahe der syrischen Grenze und töteten acht Zivilisten. Das führte zu Spannungen zwischen Ankara und Damaskus. Die Türkei und Syrien hatten 1986 einen Vertrag über Sicherheit an der gemeinsamen Grenze geschlossen.

Vor dem Angriff auf das türkische Dorf hatte die türkische Luftwaffe im Norden des Iraks Schlupfwinkel der Kurden bombardiert. Offiziell ist die türkische Armee seit Mai 1983 dreimal gegen Kurden auf irakischem Gebiet vorgegangen. Es kann aber angenommen werden, dass es mehrere Operationen gegeben hat, und wahrscheinlich werden weitere noch folgen.

Ankara ist äusserst hart

Die Regierung in Ankara ist nervös. Sie spricht von einer «sehr ersten Entwicklung». Die Türkei verfügt zwar mit zwölf bis fünfzehn Millionen über eine nennenswerte kurdische Minderheit (sieben Prozent der Gesamtbevölkerung), amtlich jedoch gibt es keine Kurden. Die Regierung spricht von Bergtürken. Und Ankara ist äusserst hart: Die kurdische Sprache ist verboten. Alle kulturellen Rechte werden unterdrückt.

Die türkische Regierung hegt zudem Umsiedlungspläne. Sie beabsichtigt, an die neun Millionen Menschen aus der Osttürkei, dem türkischen Kurdistan, in andere Landesteile zu verpflanzen. Schon einmal, Anfang der zwanziger Jahre, mussten 750 000 Menschen zwangsweise umsiedeln. Die meisten kamen dabei, wie Kurden erzählen, ums Leben.

Zumindest in bezug auf ihre Kultur sind die etwa 120 000 Kurden in der Sowjetunion (280 Millionen Sowjetbürger) besser gestellt. Sie verfügen über einen eigenen Radiosender und eine kurdische Sprache. Die Sowjetkurden sind kein Problem für Moskau. Sie haben kaum Kontakt zu Kurden in den Nachbarstaaten.

Dieser Umstand erlaubte es den Sowjets über Jahre hinweg, den Kampf der Kurden ausserhalb der eigenen Grenzen zu fördern.

Im Dezember 1945 versuchten die Sowjets in Nordiran eine kurdische Volksrepublik, die Kurdische Republik Mahabad, zu errichten. Als sich dann ein Jahr später die Sowjets – auf amerikanischen Druck – aus Nordiran zurückziehen mussten, bedeutete dies das Ende «ihres» Mahabad-Kurdistan.

Seit Moskau und Bagdad 1972 Freundschaft und Kooperation vereinbarten, ist die sowjetische Unterstützung für die irakischen Kurden (etwa drei Millionen bei einer gesamtirakischen Bevölkerung von vierzehn Millionen) unwesentlich. Das gilt auch für die zweieinhalb bis drei Millionen Kurden in Nordwestiran (45 Millionen Iraner).

In den siebziger Jahren versuchten auch die Iraker, die Kurden umzusiedeln. Heute gebieten die Kurden wieder über ihre Berge und Schluchten im Nordwestirak. Bagdad musste nämlich seine 160 000 an der Nordgrenze zu Iran stehenden Soldaten eilends abziehen und an die bedrängte Südfront bei Basra werfen.

Die iranischen Kurden fördern die Revolution gegen den Schah. In den ersten Jahren nach dem Sturz (1979) von Mohammed Resa Pahlewi konnten die Kurden in ihrem Gebiet auch ein gewisses Mass an Autonomie wahren. Als sich jedoch die Iraner von den stürmischen Angriffsfensiven der Iraker erholt hatten, rieben sie sozusagen alle militärischen Einheiten der Kurden gnadenlos auf. Beide Seiten, der Irak und Iran, unterstützten und unterstützen die kurdischen Kämpfer und Rebellen jeweils auf dem gegnerischen Territorium.

In Syrien hingegen werden die 600 000 Kurden stillschweigend arabisiert (Syrien hat zehn Millionen Einwohner). Damaskus, das ja im Bunde mit Teheran steht, fördert den Kurdenkampf, soweit er sich gegen Bagdad richtet...

Wichtigste Parteien, Rebellen

Der Irak (seit 1930 unabhängig von Grossbritannien) sicherte den Kurden ein gewisses Mass an Selbstverwaltung im Gebiet von Kirkuk und Mosul zu. Aber letztlich hegte Bagdad doch ernste Bedenken, die erdölkreiche Kurdenregion könnte sich zu selbständig machen; das Autonomieversprechen wurde vergessen. Erstmals rebellierten die irakischen Kurden 1961. Die Kämpfe dauerten vorerst bis 1970, und zwar ungeachtet des Geständnisses der Regierung, eine (irakische) kurdische Nationalität anzuerkennen.

Verhandlungen scheiterten, als es um die Regierungsbeteiligung von Kurden ging. Wieder griffen die Kurden zu den Waffen, dies-

mal allerdings kräftig vom Schah in Iran unterstützt. Als Mohammed Resa Pahlewi «einige» Grenzkorrekturen in der Schattal-Arab-Wasserstrasse durchgesetzt hatte, verständigten sich Teheran und Bagdad auf dem Bukkel der Kurden, und der Aufstand brach zusammen. Im September 1980 durften die Kurden ihre gesetzgebenden Versammlungen einer «autonomen Region Kurdistan» wählen. Dann rissen die Iraker den Golfkrieg vom Zaun.

Ankara und Bagdad schlossen 1984 ein Abkommen, das den Armeen beider Staaten gestattet, kurdische Kämpfer über die gemeinsame Grenze hinweg auf dem Gebiet des Nachbarn zu verfolgen. Die türkische Luftwaffe flog seither nicht nur Verfolgungsangriffe. Sie musste schon zum Schutze der Erdölfelder eingreifen: Das Erdöl schmiert gewissermassen die irakische Kriegsmaschinerie, aber auch die türkische Wirtschaft.

Die (irakische) Kurdische Demokratische Partei (KDP) leitet Idris Barsani. Der militärische Flügel ist 10 000 Mann stark. Barsani erfrucht sich syrischer und libyscher «Assistenz». Seine KDP steht in Allianz mit der verbotenen irakischen Kommunistischen Partei und der Vereinigten Sozialistischen Partei Kurdistan (USPK). Ziel der KDP ist, wie Barsani sagt, eine echte Autonomie und Regierungsbeteiligung in einem demokratischen Irak.

Über 4000 Kämpfer kommandiert Dschalal al-Din Talabani von der Patriotischen Union Kurdistan (PUK). PUK zerfällt in eine gemässigt-sozialistische und eine radikal-marxistische Faktion. Die Patriotische Union spannt mit der Kurdischen Demokratischen Volkspartei (KDPP) zusammen. Diese ist wiederum ein «Kind» des libyschen Diktators, Muammar al-Ghadhafi.

Einen eigenen unabhängigen Staat will die Sozialistische Partei Kurdistan (SPK). Die von Syrien getragene SPK gebietet unter Rasul Mamand über 2000 Kämpfer. Eine SPK-«Spezialität» ist das Entführen von im Irak arbeitenden Ausländern.

Auf Geheiss von Revolutions- und Schiitenoberhaupt Ayatollah Khomeini sind in Iran seit 1979 alle politischen Parteien der Kurden gebannt. Sporadisch kommt es dennoch immer wieder zu Kämpfen. «Die den Tod nicht fürchten» (Pesch Merga) heissen die 12 000 «Soldaten» der iranischen KDP (Kurdische Demokratische Partei) unter Abdul Rhaman Kasemlu. Beistand erhalten sie von Bagdad... Ihr Ziel ist Autonomie in einem demokratischen Iran.

Die Nationale Organisation von Scheik Issedin Hussein strebt ebenfalls die Selbstverwaltung an, will sich aber der Regierung in Teheran in der Verteidi-



Zahlreiche erhebliche Vorbehalte

Die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) begrüsst eine Revision des bäuerlichen Bodenrechts. Sie bringt in ihrer Vernehmlassungsantwort zu einem Vorentwurf jedoch zahlreiche erhebliche Vorbehalte an. Zu Kritik Anlass geben vor allem das vorgeschlagene Selbstbewirtschaftler-Konzept, die im Vorentwurf statuierte Bewilligungspflicht sowie die vorgesehene Preiskontrolle, die als problematisches Instrument bezeichnet wird.

Die FDP wendet sich ausdrücklich gegen eine totale Etatisierung des landwirtschaftlichen Gewerbes und der landwirtschaftlichen Grundstücke: Der berechnete, auch von der Partei unterstützte Gedanke des Schutzes des landwirtschaftlich nutzbaren Kulturlandes müsse sich im Rahmen liberaler Instrumente bewegen. Da die FDP eine Neuorientierung des bäuerlichen Bodenrechts als notwendig erachtet, tritt sie für Eintreten auf die Vorlage ein. Sollte die den eidgenössischen Räten unterbreitete Version nicht den von der Partei gemachten Vorbehalten Rechnung tragen, so behält sie sich vor, bei den Beratungen im Parlament der freisinnigen Fraktion Nicht-eintreten zu empfehlen.

Das vorgeschlagene Selbstbewirtschaftler-Konzept kann nach Ansicht der Partei nur mit einer unannehmbaren Einengung der persönlichen Freiheit durchgesetzt werden. Die FDP schlägt deshalb vor, dass diese Idee in dem Sinne verdeutlicht wird, dass der Erwerb von landwirtschaftlichem Grundeigentum nicht ausschliesslich dem Selbstbewirtschaftler vorbehalten bleibt. Die beantragte Bewilligungspflicht für den Erwerb landwirtschaftlicher Grundstücke wird als unnötiger und unverhältnismässiger Eingriff in die persönliche Freiheit bezeichnet, der zudem weit über die schutzwürdigen Interessen des landwirtschaftlichen Bodens hinausgeht. Nach Meinung der Partei wäre es klüger, das heutige System der Einsprache den Kantonen obligatorisch vorzuschreiben, da es sich in jenen Kantonen, die dieses Instrument kennen, bewährt habe.

Die Freisinnige Partei anerkennt zwar, dass eine Preisbegrenzung mit Blick auf die von ihr unterstützte Zielsetzung der Gesetzesvorlage unter bestimmten Umständen als zweckmässiges Mittel beurteilt werden könnte. Gegenüber der vorgeschlagenen Variante hegt die Partei die Befürchtung, dass es zu einem gespaltenen Markt mit legalen und illegalen Grundstücksgeschäften kommt. Eine Preiskontrolle, die das Prinzip von Angebot und Nachfrage unbeachtet lasse, führe zu Schwarzmarktgeschäften sowie zwei Preisen, dem offiziellen sowie dem inoffiziellen.

gungs- und Aussenpolitik sowie der Wirtschaftsplanung unterordnen.

In der Türkei ist Apocus, die Kurdische Arbeiterpartei (PKK), gefürchtet. Sie formte sich 1974 aus der Türkischen Revolutionären Jugend in Ankara und ver kroch sich 1979 in Kurdistan (Osttürkei). «Kampf dem Feudalismus und Kolonialismus» lautet ihre Parole. Auf der Liquidationsliste von Apocus stehen kurdische Dorfälteste und Beamte und Soldaten der Regierung.

Ein marxistischer «Dissident» von Apocus ist die Kurdische Sozialistische Partei der Türkei (KSPT)...

Ob Feinde oder Freunde

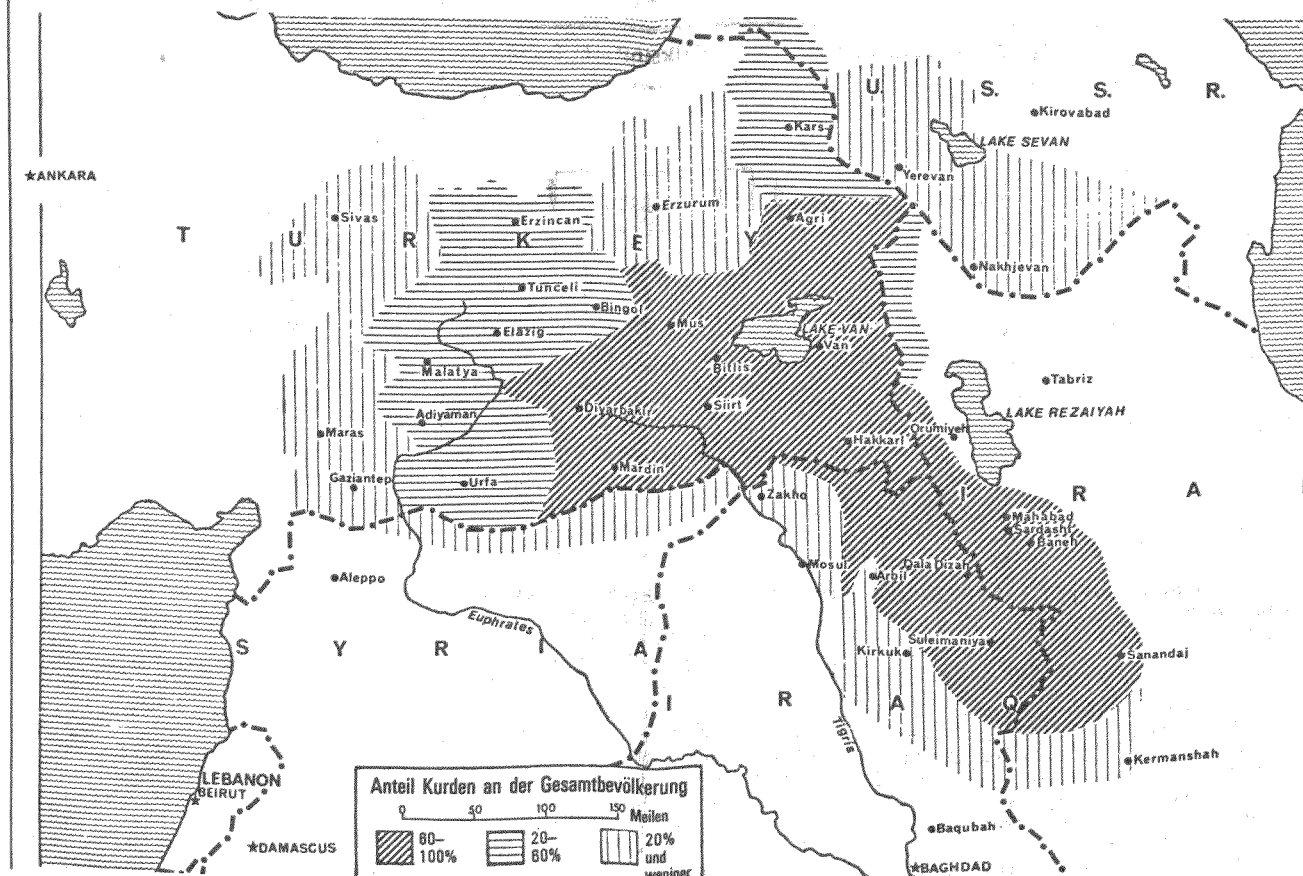
Ob nun Feinde oder Freunde, alle – der Irak, Iran, die Sowjetunion und Syrien – sind gleichermassen fest entschlossen, zu verhindern, dass die kurdischen Unabhängigkeitsbewegungen zu sehr erstarren. Abgesehen vom politischen Willen der Regierungen dieser Staaten, würde die Gründung eines kurdischen Staates aber auch die Auflösung existierender Nationalstaaten bedeuten. Selbst unter den besten Voraussetzungen erscheinen solche Hoffnungen (der Kurden) unrealistisch.

Aber die Kurden in allen Ländern dürfen wohl mit einigem Recht erwarten, dass sie irgendwann in Zukunft unter liberaleren Regierungen ein wesentlich höheres Mass an Autonomie erhalten, für ihre Sprache und Kultur ein besserer Platz in der Gesellschaft erzielt werden kann. Zuvor aber wird noch viel Blut fliessen.

Fortsetzung von Seite 1
längerung der maximalen Bezugsdauer der Unterstützungsgelder gebracht. Im weiteren ist aber auch an das Bundesgesetz über die berufliche Vorsorge (2. Säule) zu erinnern, das mit der begrenzten Freizügigkeit (bei einem Stellenwechsel bringt der damit verbundene Wechsel der Pensionskasse mit zunehmendem Alter für den Betroffenen meist steigende finanzielle Verluste mit sich) vor allem die berufliche Mobilität der älteren Arbeitnehmer einschränkt!

Konjunkturpolitische Therapie hilft nicht

Auch der bundesrätliche Bericht lässt keinen Zweifel daran, dass die konjunkturelle Komponente der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit als äusserst gering zu veranschlagen ist. Konjunkturpolitische Massnahmen vermögen die Arbeitslosigkeit folglich kaum mehr zu reduzieren. Eine künstliche Beschleunigung des Wachstums würde die Wirtschaft lediglich in eine Inflation treiben, den Arbeitsmarkt aber kaum positiv beeinflussen. Neben einer zweckmässigen Ausgestaltung des schulischen Ausbildungssystems ist vielmehr auch am Arbeitsmarkt direkt anzusetzen: Die im geltenden Gesetz vorgesehenen Präventivmassnahmen beispielsweise (Förderung der Aus- und Weiterbildung usw.) stellen zweifellos einen Schritt in die richtige Richtung dar. Schade nur, dass diese Bemühungen zur Steigerung der beruflichen und auch geographischen Mobilität durch andere Gesetze zumindest teilweise unterlaufen werden.



Fortsetzung von Seite 3

Kampfabstimmungen. Dabei würden Gegenvorschläge kaum noch abgelehnt, weil sie ja auch die Stimmen der Initianten auf sich vereinigen würden. Vor allem aber wären die Abstimmungen noch komplizierter als bisher. Denn für den Fall einer Ja-Mehrheit beider Vorlagen käme die Stichfrage zum Zug, für welche die Parteien notgedrungen ebenfalls eine Parole ausgeben müssten, um das Schlussergebnis nicht dem Zufall zu überlassen.

Bei einer Abstimmungsempfehlung «Nein zu Initiative und Gegenvorschlag» zum Beispiel würde dies eine zusätzliche Ja-Parole eventueller Art für eine der beiden Vorlagen bedingen. Die ohnehin schwierige Abstimmungslandschaft würde damit noch komplizierter, als sie es ohnehin schon ist. Und dies wäre alles andere denn ein Anreiz für eine verbesserte Stimmbeteiligung. Kurz und gut: die Vorlage «Doppeltes Ja» mag in einem mathematisch-wissenschaftlichen Sinn dem Ausdruck des «Volkswillens» noch mehr Möglichkeiten eröffnen. Staatspolitisch konkret betrachtet, stellt sie aber alles andere denn die perfekte «Vollendung der direkten Demokratie» dar.



Lese-Tips für «Freisinn»-Leser

Kritische Analyse, konstruktive Anregungen

Von Unsicherheit und Zukunftsangst wird viel gesprochen und von «Wendezeit». Im Wertwandel der Gegenwart wird geistige und politische Orientierungslosigkeit beklagt. Ertrinken wir im Pragmatismus und sehen die grossen Linien einer zukunftsgerichteten Politik nicht mehr? Was vom Überkommenen kann und soll erhalten bleiben, und was sollte erneuert, ersetzt werden? Auf diese Fragen sucht der Chef der Inlandredaktion der NZZ, der freisinnige Nationalrat Dr. Kurt Müller, in seinem jüngst erschienenen Buch «Mehr Ver-

trauen in die Zukunft» Antwort zu geben. Seine kritischen Analysen und konstruktiven Anregungen gründen auf tiefer Einsicht in die gesellschaftlichen Verhältnisse und in die treibenden Kräfte der Politik, die Kurt Müller in langer journalistischer und parlamentarischer Tätigkeit im Kantonsrat und im Nationalrat erlebt hat. Sie sind von einem Glauben an die Tragfähigkeit der liberalen und humanen Grundwerte und ihre Fähigkeit der Anpassung auch an die Anforderungen unserer heutigen Zeit und deshalb von einem Vertrauen in die Zukunft geprägt. Ein erster Teil setzt sich mit den aktuellen Strömungen des Zeitgeistes, dem Fortschritts- und dem Machbarkeitsglauben auseinander und zeigt den moralischen Hintergrund einer vertrauenswürdigen Politik auf. Im weiteren wird der Liberalismus gegen die Ideologien der alten und der neuen Linken abgegrenzt. Schliesslich geht Kurt Müller den Gründen der politischen Stabilität der Schweiz und ihren positiven und negativen Konsequenzen nach.

Kurt Müller:
«Mehr Vertrauen in die Zukunft.
Liberalismus als politische Chance.»
(Verlag NZZ)

Fortsetzung von Seite 1

Basis des Vertrauens ab. Ein Fall Blaser ist im gesamten der einwandfreien Verwaltungsakte eine seltene Ausnahme, und könnten nur zwei Promille der Verwaltungstätigkeit substantiell kritisiert werden, würde sich wahrscheinlich eine Krisenstimmung ausbreiten. Das ist nicht der Fall und beweist nur, wie glaubwürdig die Eidgenossenschaft regiert und verwaltet wird.

Mechanismen der Entscheidungen

3. Ich versuchte auch hinter die Mechanismen der Entscheidungen zu kommen. Da stellte sich automatisch die Frage: Wer herrscht in der Schweiz, und wer soll herrschen? Aber das ist eine Frage, die nach Karl R. Popper falsch gestellt ist. Die Frage muss lauten: «Wie können wir den Staat und die Regierung organisieren, dass auch schlechte Herrscher keinen allzu grossen Schaden anrichten können?» Und da glaube ich, dass unsere demokratischen Organisationsformen jede Einseitigkeit verhindern und dass sich auf die Dauer das Bessere durchsetzt. Ich erhielt den klaren Eindruck, dass der Ständerat darauf bedacht ist, eine bessere Schweiz zu schaffen, und dass er

die Gesellschaft so beeinflussen will, dass sie insgesamt in die bessere Richtung geht. Das ist ein starker Eindruck, den ich vom Bemühen des Bundesrates und der kleinen Kammer mit nach Hause nahm. Er schafft auch eine starke Motivation und eine Dankbarkeit, dass man da mittun und mitentscheiden darf.

Zwei Bemerkungen

Zum Schluss noch zwei Bemerkungen:

1. Die erste Session hat mir deutlich gemacht, dass meine Arbeit als Regierungsrat des Kantons Zug dank der aktiven Teilnahme an der eidgenössischen Politik ergänzt, vertieft und ausgeweitet wird.

2. Ich wohnte im unteren Teil der Altstadt. Ich lief also jeden Morgen durch die Gerechtigkeitsgasse zur Kram- und zur Markt-gasse und bog vor der Spitalgasse ab, dort konnte ich auch durch das Käfiggässlein gehen. Dieser Weg liess mich meditieren. Alle Politik muss in der Gerechtigkeit ihren Grund und ihr Ziel haben. Man muss sich hüten, eine Krämerseele zu werden, und soll sich nicht zu Markte tragen, sonst landet man im Spital oder im Käfiggässlein. Auch solche Meditationen gehörten zur ersten Session.

1 SCHWEIZERISCHE EIDGENOSSENSCHAFT

Stimmzettel für die Volksabstimmung vom 5. April 1987

Wollen Sie die Änderung des Asylgesetzes vom 20. Juni 1986 annehmen?	Antwort Ja
---	----------------------

3 SCHWEIZERISCHE EIDGENOSSENSCHAFT

Stimmzettel für die Volksabstimmung vom 5. April 1987

Wollen Sie die Volksinitiative «für die Mitsprache des Volkes bei Militärausgaben (Rüstungsreferendum)» annehmen?	Antwort Nein
---	------------------------

2 SCHWEIZERISCHE EIDGENOSSENSCHAFT

Stimmzettel für die Volksabstimmung vom 5. April 1987

Wollen Sie die Änderung des Bundesgesetzes über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer vom 20. Juni 1986 annehmen?	Antwort Ja
---	----------------------

4 SCHWEIZERISCHE EIDGENOSSENSCHAFT

Stimmzettel für die Volksabstimmung vom 5. April 1987

Wollen Sie den Bundesbeschluss vom 19. Dezember 1986 über das Abstimmungsverfahren bei Volksinitiativen mit Gegenentwurf annehmen?	Antwort
---	---------

- Christlichdemokratische Volkspartei (CVP)
- Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP)
- Schweizerische Volkspartei (SVP)
- Liberale Partei der Schweiz

Zu verkaufen
aussergewöhnlich schöne, komfortable

4½-Zimmer-Wohnung

25 Min. ab Zürich-City. Anzahlung Fr. 50 000.-
Anfragen an Chiffre 94-50 956, ASSA, Postfach 510, 8401 Winterthur

Energie

denk mit sparmit!

Garten- und Landschaftsarchitekten, Erdbauingenieure

Spross

Wir planen, bauen, sanieren und pflegen auch Ihren Garten für Ihre sympathische Umwelt

Spross Ga-La-Bau AG Zürich
Garten- und Landschaftsbau 01-4 62 62 62

Kampf der Schlepper-Mafia

Verbrecherische Schlepperorganisationen schleusen Jahr für Jahr gegen viel Geld Tausende von unechten Flüchtlingen illegal über die grüne Grenze in die Schweiz. Mit dem verbesserten Asylgesetz und dem verschärften Ausländergesetz kann diesen Schlepperorganisationen das Handwerk gelegt werden.

Damit wir denen helfen können, die wirklich Hilfe brauchen.

Am 5. April

Ja

zum verbesserten Asylgesetz und zum verschärften Ausländergesetz

Schweizerisches Aktionskomitee für eine Asylpolitik ohne Missbräuche
Christlichdemokratische Volkspartei (CVP), Freisinnig-Demokratische Partei (FDP)
Schweiz. Volkspartei (SVP), Liberale Partei (LPS)

Wer trinkt, wird alt — wer säuft, stirbt bald
Deutsches Sprichwort

Wer den Wein, dieses köstliche Naturgeschenk im Uebermass zu sich nimmt, der weiss ihn nicht richtig zu schätzen. Der echte Weinfreund aber erkennt, dass sich ihm dieses edle Getränk im bedächtigen, massvollen Genuss voll offenbart. Ihm ist aber auch jede Flasche schon lieb, lange bevor er sie entkorkt: wenn er sie sorgfältig auswählt und liebevoll in seinem Keller bettet.

Für jeden Weinfreund sind wir gerne tätig. Ihm gehört unsere Generation langer Erfahrung (unser Haus ist seit über 200 Jahren dem Wein verbunden).

Rufen Sie uns an, (Tel. [043] 21 20 81) oder schicken Sie uns eine Postkarte. Sie erhalten von uns dann umgehend völlig unverbindlich unser «Wibüechli» — eine köstliche Lektüre für jeden Weinfreund.

St.-Jakobs-Kellerei Schuler & Cie. AG
Schwyz und Luzern
Franzosenstrasse 14
6423 Seewen-Schwyz

SCHULER-WEINE
ST JAKOBSKELLEREI
SCHULER + CIE AG SCHWYZ + LUZERN

Beratung und Verkauf

Wir sind täglich im und am Liegenschaftenmarkt aktiv — profitieren Sie von unserer Erfahrung!

Mit uns über Liegenschaften reden lohnt sich

Spaltenstein
LIEGENSCHAFTEN
SPALTENSTEIN AG IMMOBILIEN
Siewerdtsstrasse 8, 8050 Zürich
Telefon 01/316 13 33

Inserieren bringt Erfolg!

KABA NOVA - der Schlüssel mit der elektronischen Sicherheit.

Wenn Sie mehr darüber wissen wollen, so verlangen Sie Unterlagen bei

BAUER KABA

Bauer Kaba AG
Sicherheits-Schliesssysteme
Postfach
CH-8620 Wetzikon
Telefon: 01/931 61 11
Telex: 875481
Telefax: 01/931 63 85

Aus der Sicht eines doppelt Direktbetroffenen

Schweizerhalle – was nun?

Schweizerhalle ist noch immer ein Thema. Aus der Sicht eines doppelt Direktbetroffenen – zum einen als Bewohner der Region, zum anderen als in leitender Stellung in der Basler Chemie Tätiger – nimmt Hans Fehr Stellung:

Es besteht kein Zweifel: die Angst, die nach dem Brandunglück von Schweizerhalle in weiten Teilen der Bevölkerung von Basel und darüber hinaus ausbrach, war echt. Sie ist es noch. Inzwischen ist aber in der Bewältigung der Folgen des Unglücks von allen Beteiligten – der chemischen Industrie, den Behörden und auch von der Bevölkerung – ein grosses Mass an Arbeit geleistet worden. Es wäre vermessen zu behaupten, damit sei alles «im Griff». Es ist aber immerhin wieder möglich geworden, den Problemkomplex etwas differenzierter zu betrachten, als dies unmittelbar nach dem 1. November der Fall war.

Freigesetzte Ängste

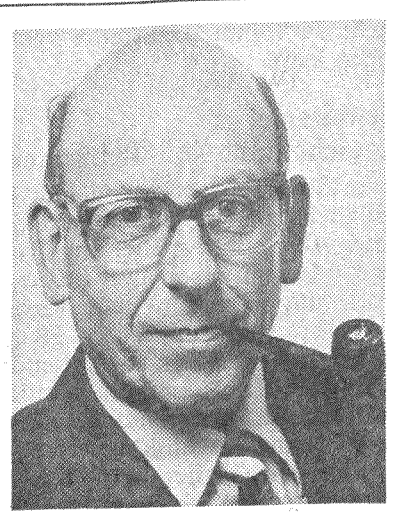
Zweifellos wird Allerheiligen 1986 in die Geschichte der chemischen Industrie der Schweiz eingehen. Wer aber die Beziehungen dieses Industriezweiges mit der Öffentlichkeit über einen längeren Zeitraum verfolgt hat, wird daran zweifeln, dass Angst und Sorgen einfach die Folgen dieser einen Brandnacht waren. Sie waren schon vorher da, latent, bei manchen wohl verdrängt. Der Brand hat sie freigesetzt; er hat sichtbar und hörbar werden lassen, was vorher schon spürbar war.

Das muss man ernst nehmen, auch wenn nicht zu bestreiten ist, dass sich Ideologen aller Richtungen der Situation bemächtigen und dass manche Verlautbarung nur im Zusammenhang mit der Spannung vor Gesamterneuerungswahlen in beiden Halbkantonen ganz verständlich wird. Die Bewältigung der direkten und indirekten materiellen und ökologischen Folgen des Brandes werden denn auch nicht ausreichen, um das Verhältnis zwischen der chemischen Industrie und ihrer sozialen Umwelt zu sanieren. So wie die diffuse Angst vor der Chemie über Jahre hinaus gewachsen ist, gefördert auch durch andere Entwicklungen unserer Zeit (Stichwort Kaiseraugst), wird es auch ein langfristiger Gesundheitsprozess sein müssen, wenn er wirklich zu einem unverkrampften Verhältnis zwischen der Bevölkerung und einem Industriezweig führen soll, von dem grosse Berei-

che im Dienste der Gesundheit stehen.

Produktepalette überprüfen

Es war zunächst an der chemischen Industrie, über die Bücher zu gehen. Sie hat aus der rasch zu gewinnenden Erkenntnis heraus,



Der Autor, Dr. oec. publ. Hans Fehr, ist Leiter der Abteilung Corporate Public Policy der Hoffmann-La Roche in Basel. 1966–1970 war er Vizepräsident und 1970–1985 Mitglied des Paritirates der FDP Baselland.

dass man der Sicherheit der chemischen Prozesse sehr viel Aufmerksamkeit geschenkt hat, derjenigen der Lagerhaltung aber offenbar zu wenig, in erster Linie die Lagerung chemischer Substanzen überprüft und die erforderlichen Massnahmen getroffen. Es braucht aber noch mehr: Die gesamte Produktepalette der chemischen Industrie sowie die zu ihrer Herstellung angewendeten Verfahren werden einer Überprüfung unterzogen.

Dabei wird zweierlei deutlich. Erstens: Die Verhältnisse liegen bei den verschiedenen Unternehmen je nach Produktionsstruktur sehr unterschiedlich. Zweitens: Im Bereich Sicherheit und Umweltschutz sind vor und nach dem Brand, abgesehen von den Bereichen Lagerung und Löschwasser, mit erstaunlicher Konsequenz die gleichen Fragen aufgetaucht und in ähnlicher Weise zu beantworten. Was also geschieht, ist die Intensivierung und Beschleunigung eines Entwicklungsprozesses, der die chemische Industrie seit ihrer Entstehung im letzten Jahrhun-

dert begleitet: Es sind schon in früheren Jahren mit grossem Aufwand entwickelte neue Produkte nicht auf den Markt gebracht worden, weil ihr Risikopotential als zu hoch eingeschätzt wurde, die Herstellung anderer wurde um Jahre hinausgeschoben, weil ökologische Probleme nach Ansicht der eigenen Fachstellen noch nicht befriedigend gelöst waren.

Fehlende Eigenverantwortung?

Hat also die Eigenverantwortung der Industrie wirklich versagt? Unglücksfälle verbieten es, den Vorwurf tel quel zurückzuweisen. Den Vorwurf undifferenziert aufrechtzuerhalten ist ebenso demagogisch. Diese Industrie war in ihrer Mehrheit immer verantwortungsbewusst, und das Verantwortungsbewusstsein ist nach Massgabe des Wissensfortschritts gestiegen. Der Druck der öffentlichen Meinung wirkt in die gleiche Richtung.

Wer soll die Massnahmen kontrollieren? Es war nur folgerichtig, dass nach dem Unglück von Schweizerhalle der Ruf nach vermehrter staatlicher Kontrolle aus allen Kehlen erschallte – auch aus den freisinnigen. Im Bewusstsein, jede seriöse Prüfung zu bestehen, hat die chemische Industrie der Einrichtung eines Chemieinspektors auch nicht opponiert.

Dialog mit der Öffentlichkeit

Die chemische Industrie hat seit jeher, aber nicht immer mit durchschlagendem Erfolg auch das Gespräch mit Politikern aller Richtungen gesucht. So haben denn auch in den letzten Monaten zahlreiche Gespräche stattgefunden. Sie waren fruchtbar – allerdings mit einer Ausnahme: Bei allen Gesprächen mit Parlamentariern haben die Vertreter derjenigen Fraktionen, welche das Umwelt- und Sicherheitsbewusstsein erfunden haben wollen, schlicht gefehlt. Sie wussten schon alles.

Die Vertrauenskrise in der chemischen Industrie ist auch eine Informationskrise. Haben also wir Informationsleute versagt? Sicherlich ist es uns nicht gelungen, die Chemie als Wissenschaft und deren Leistungen für die Gesundheit und den Lebensstandard bei uns und in Entwicklungsländern einer breiten Bevölkerung wirklich verständlich zu machen. Das mag mit dem hohen Abstraktionsgrad zusammenhängen, welcher der Chemie eigen ist. Es ist sicher auch ein zwangsläufiges Resultat der untrennbaren Verbindung von Chemie und Gesundheit, sind doch alle Lebensvorgänge biochemische Prozesse.

Nur ein dauernder und ehrlicher Dialog mit der Öffentlichkeit verspricht Erfolg. Allerdings: Dass unter dem frischen Eindruck von Unglücksfällen die Aufnahmebereitschaft selbst für



In der Frühjahrsession stand sie oft im Mittelpunkt des Geschehens und eilte von einem Rat zum anderen: Bundsrätin Elisabeth Kopp. (Photo ruti)

eindeutige Fakten auf ein Minimum herabsinkt, haben wir alle schmerzlich erfahren. Wir sind uns auch bewusst, dass in Krisensituationen das Informationsbedürfnis der Öffentlichkeit mit den vorhandenen Mitteln weder quantitativ noch qualitativ zu befriedigen sein wird. Dass wir alle in solchen Situationen auch Fehler gemacht haben, ist ebenfalls offensichtlich.

Und ein Letztes ist mir ebenso klar: PR-Gags oder die Verteilung von Werbegeschenken, wie sie im Februar 1987 in einer Fernsehsendung vorgeschlagen worden sind, verdienen nur eine Antwort: So nicht!

Der Freisinn

Monatszeitung, herausgegeben von der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP), Bahnhofplatz 10, 3001 Bern.

Redaktion «Der Freisinn», Postfach 2642, 3001 Bern, Telefon (031) 22 34 38. Verantwortlich für die Redaktion, Generalsekretariat FDP der Schweiz: H. R. Leuenberger, Fürsprecher, und Chr. Beusch. Für die Kantonalseiten die jeweilige Kantonalpartei.

Inseraten-Verwaltung: OFA Orell Füssli Werbe AG, Holbeinstrasse 30, 8022 Zürich, Telefon (01) 251 32 32.

Druck: Neue Zürcher Zeitung, Postfach, 8021 Zürich.

Einzelnummer Fr. 2.—, Jahresabonnement Fr. 20.—.

Kennen Sie ihn?

Den praktischen FDP-Windblouson? Er begleitet Sie überall hin. Denn er kann auf kleinstem Raum zusammengerollt werden und findet in seiner eigenen Tasche Platz. Ein Elastic-Traggurt macht das Ganze wirklich perfekt. Der FDP-Windblouson eignet sich auch als Not-Regenschutz.

Senden Sie mir von den FDP-Windblousons à Fr. 30.– (plus Anteil Porto und Verpackung):

- _____ Stück Grösse S (schmal)
 _____ Stück Grösse M (mittel)
 _____ Stück Grösse L (gross)
 _____ Stück Grösse XL (extra gross)

Name _____

Adresse _____

PLZ/Wohnort _____

Datum _____ Unterschrift _____

Talon bitte einsenden an FDP-Generalsekretariat, Postfach 2642, 3001 Bern.

SBG – für uns schon lange die erste Bank.



SUBS Schweizerische Bankgesellschaft

Neues aus der JBS

Für die Erweiterung der Entscheidungsmöglichkeiten

Was heute in allen Versammlungen, auch im National- und Ständerat praktiziert und als selbstverständlich hingenommen wird, gilt nicht für den Stimmbürger, wenn er über Initiative und Gegenvorschlag zu einer Teilrevision der Bundesverfassung abstimmen muss. Diese Meinung erläutert Isabelle Häner (Affoltern a. A.):

Stehen sich an einer Gemeinde- oder Vereinsversammlung zwei Anträge zur gleichen Sache gegenüber, so wird eine Eventualabstimmung durchgeführt. Zunächst werden die Anträge, die auf eine Änderung des bisherigen Zustandes abzielen, einander gegenübergestellt. Unterliegen in der ersten Abstimmung diejenigen, die für den weitergehenden Antrag gestimmt haben, werden sie in der Regel in der Hauptabstimmung für den weniger weit gehenden Vorschlag votieren. Dieses Verfahren ermöglicht es den an der Abstimmung Beteiligten, ihre Präferenzen vollumfänglich zum Ausdruck zu bringen. Anders dagegen bei einer Abstimmung über Initiative und Gegenvorschlag: Stimmt der Stimmbürger für die Initiative, so ist sein Ja gewissermassen verbraucht, da er nicht zweimal ein Ja einlegen darf. Das geltende Recht verbietet das Doppelte Ja.

Initiative und Gegenvorschlag: absolute Widersprüche?

Das Verbot des Doppelten Ja geht von falschen Voraussetzungen aus. Initiative und Gegenvorschlag stehen sich keineswegs vollkommen unversöhnlich gegenüber, wie insbesondere der Staatsrechtler Prof. A. Kölz in einem Diskussionsbeitrag einmal dargelegt hat (NZZ 14. 7. 82). Denn das Parlament darf entspre-

chend dem Grundsatz der Einheit der Materie, der für alle Abstimmungen gilt, nur Gegenentwürfe ausarbeiten, die das gleiche Ziel verfolgen. Die Mittel können aber durchaus verschieden sein. Das Parlament kann also nicht einen Gegenentwurf ausarbeiten, der die staatliche Kulturförderung abschafft, wenn die Initiative die Kulturförderung verstärken will.

Wenn beide Vorlagen das gleiche Ziel verfolgen müssen, so kann immer davon ausgegangen werden, dass es eine mehr oder weniger grosse Gruppe von Stimmberechtigten gibt, die im Sinne von «besser als nichts» beide Vorlagen unterstützt. Diese Kategorie von Stimmenden ist um so grösser, je näher die beiden Vorlagen inhaltlich zusammenliegen. Diesen unbedingt Reformwilligen ist es allerdings nach dem heutigen Abstimmungsverfahren versagt, ihrem Willen vollumfänglich Ausdruck zu verleihen. Nur die drei anderen Gruppen von Stimmberechtigten werden berücksichtigt, nämlich diejenigen, die überhaupt keine Änderung wollen (Reformunwillige), und die beiden, die nur eine Vorlage unterstützen (bedingt Reformwillige).

Verstoss gegen tragende Prinzipien

Das Verbot des Doppelten Ja halbier die Stimmkraft der unbedingt Reformwilligen gegenüber

der Stimmkraft der Reformunwilligen, indem erstere nur ein Ja einlegen dürfen, während letztere zweimal Nein sagen können. Mit dem Grundsatz der Rechtsgleichheit lässt sich dies aber kaum vereinbaren. Auch kann diese Tatsache dazu führen, dass das Parlament nicht aus sachlichen, sondern aus taktischen Gründen einen Gegenvorschlag ausarbeitet, um die Ja-Stimmen aufzuspalten und eine Änderung überhaupt zu verhindern.

Ein solches Vorgehen ist im Hinblick auf den Sinn und Zweck der Volksinitiative äusserst fragwürdig. Auch zeitigt es abstimmungsökonomisch unerwünschte Folgen, wenn die Initianten in derselben Angelegenheit nach Ablehnung sogleich eine neue Initiative lancieren, in der Annahme, ihre Initiative sei nur aus arithmetischen Gründen verworfen worden.

Ausserdem hat das geltende Recht zur Folge, dass 3% reformunwillige über 97% reformwillige Stimmbürger bestimmen können. Dies ist dann der Fall, wenn 48% der Stimmenden für die Initiative, 49% für den Gegenvorschlag stimmen und lediglich 3% gar keine Änderung wollen. Letztere tragen jedoch den Sieg davon. Dies widerspricht nicht nur dem für die Demokratie grundlegenden Mehrheitsprinzip, sondern verfälscht auch den Willen der Stimmbürger.

Das neue Abstimmungsverfahren

Die Vorlage über die Änderung des Abstimmungsverfahrens bei Initiative und Gegenvorschlag räumt die Nachteile des bestehenden Verfahrens aus. Künftig soll

der Stimmbürger zu beiden Vorlagen auch zweimal Ja stimmen können. Der Situation, was geschehen soll, wenn beide Vorlagen angenommen werden, soll die Stichfrage Rechnung tragen. Dort kann der Stimmbürger seine Präferenz festhalten, indem er danach gefragt wird, welche von beiden Vorlagen er vorzieht, wenn in der Hauptfrage beide Vorlagen angenommen werden.

Diese Stichfrage entfaltet demnach nur Wirkung, wenn beide Vorlagen eine Mehrheit von Volk und Ständen auf sich vereinigen können. Nebenbei sei angemerkt, dass auch die Stichfrage der Mehrheit von Volk und Ständen bedarf. Der Kanton Zürich, wo das Doppelte Ja zulässig ist, hat das Problem anders gelöst. Hier tritt diejenige Vorlage in Kraft, die mehr Ja-Stimmen auf sich vereinigen kann.

Erweiterte Entscheidungsmöglichkeiten

Dem Stimmbürger sollen alle 13 Möglichkeiten zukommen, die bei einer Abstimmung über Initiative und Gegenvorschlag denkbar sind, um seinen Willen widerspruchsfrei auszudrücken. Heute stehen lediglich vier Varianten offen, und die wichtigste, nämlich zweimal Ja zu stimmen, bleibt dem Stimmberechtigten verwehrt.

Von den Gegnern der Vorlage wird vorgebracht, dass das Verfahren den Parteien und Verbänden eine klare Parolenausgabe verunmögliche. Dem ist entgegenzuhalten, dass sich die Parteien in den meisten Fällen an 3 Willensmöglichkeiten orientieren können:

1. Reformwillige: Ja zur Initiative/



«Erwiesenermassen in den Tod geschickt»

In einem Bittelbrief gegen das revidierte Asylgesetz, im Februar, unterschrieben von Cornelius Koch, Kaplan; Heidi und Peter Zuber, Arzt; Peter Walss, Pfarrer; Madeleine Cuenet, Ärztin, stand: «Erwiesenermassen wurden in letzter Zeit wiederholt Flüchtlinge ins Gefängnis oder gar in den Tod geschickt.» Das kann nur heissen – so schrieben wir den Verfassern –, dass sie Beweise besitzen, wonach Schweizer Behörden dies wissentlich getan hätten. Auf unser dringendes und wiederholtes Ersuchen um Belege für diesen ungeheuerlichen Vorwurf erhielten wir bis zum 23. März keine materielle Antwort, sondern wurden auf später (wohl nach der Abstimmung vom 5. April) vertröstet.

Hier wird also in verantwortungsloser Arroganz der Versuch unternommen, eine Abstimmung zu beeinflussen, indem nach demokratischen Gesetzen bestellte und ihren Wählern voll verantwortliche Behörden auf das übelste verleumdet werden. Es ist himmeltraurig, dass Leute wohl demokratische Rechte in Anspruch nehmen, aber ihre Mindestpflicht missachten, nämlich nach Treu und Glauben zu handeln.

Dr. Ernst Mörgele (Bern)

2. bedingt Reformwillige: Nein/Ja/Gegenvorschlag
3. Reformunwillige: Nein/Nein/Gegenvorschlag

Wichtig erscheint, dass dieses Verfahren bereits in anderen Kantonen erprobt werden konnte und dort die Erfahrungen durchwegs positiv sind. Die erhebliche Erweiterung der Entscheidungsfreiheit für den Stimmbürger verdient deshalb Zustimmung.

Kennen Sie die FDP-Accessoires?

Wenn nicht, können Sie diese mit untenstehendem Talon bestellen. Denken Sie daran, in jedem Accessoire-Preis ist ein namhafter Beitrag – üblicherweise zehn Franken – einkalkuliert, der hälftig der Wahlkampfkasse Ihrer Kantonalpartei sowie jener der schweizerischen zugute kommt.

Anzahl/Artikel	Preis	Total
Seidenfoulard	Fr. 49.—	Fr.
Krawatte	Fr. 38.—	Fr.
Portefeuille	Fr. 44.—	Fr.
Armbanduhr <input type="checkbox"/> blau <input type="checkbox"/> weiss	Fr. 48.—	Fr.
Aktenmappe	Fr. 68.—	Fr.
Doppelschirm	Fr. 48.—	Fr.
Sportschirm (Klappsitzgriff)	Fr. 44.—	Fr.
Stirnband-/Pulswärmer-Set	Fr. 10.—	Fr.
Anstecknadel	Fr. 10.—	Fr.
Feuerzeug, Schachtel à 10 Stück	Fr. 13.50	Fr.
Zündholzschachtel, Packung à 10 Stück	Fr. 2.—	Fr.
Kugelschreiber, Schachtel à 10 Stück	Fr. 6.—	Fr.
Kräuterbonbons, 1-Kilo-Dose	Fr. 15.—	Fr.
Totalkosten		Fr.

+ Verpackungs- und Versandkosten

Name, Vorname

Strasse

PLZ/Ort

Unterschrift

Datum

Bitte in Blockschrift ausfüllen und senden an:
 Generalsekretariat FDP der Schweiz
 z. Hd. von Herrn E. Aebischer
 Postfach 2642, 3001 Bern

La Paz macht sie wild.

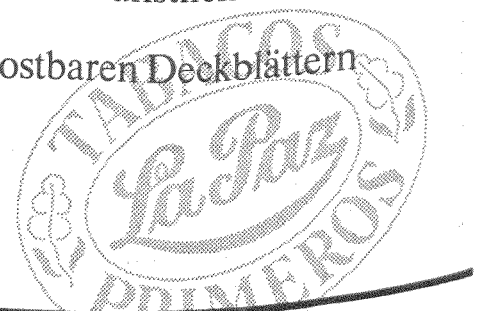


Unverfälscht wild. Aber doch aromatisch leicht. Das sind Wilde Cigarillos von La Paz. Die ein Büschel am Brandende freilassen, das ein Stück wilder Natur nach aussen kehrt. Weil sie zeigen dürfen, dass sie aus einer Mischung dutzender, nur reinster Tabake gemacht sind. Und deshalb keine künstliche «Geschmacksaufbesserung» nötig haben.

Sorgsam mélangiert und liebevoll mit kostbaren Deckblättern umhüllt. Ehrlich eben.

Wilde Cigarillos von La Paz. Ehrlichkeitshalber.

Cigarros Autenticos.



Parteien und neue Technologien

Informationsgesellschaft und Arbeitswelt

Das Bewusstsein der Parteien und ihrer (meisten) Mitglieder ist gegenüber den neuen Technologien noch nicht sonderlich stark entwickelt. Dennoch haben sie sich mit diesem Thema auseinanderzusetzen. Ein Beitrag von FDP-Generalsekretär Hans Rudolf Leuenberger:

«Den Parteien kommt traditionellerweise eine wichtige Funktion im Prozess der Politisierung und der gesellschaftlichen Verankerung neuer Problemfelder zu. Am Beispiel der neuen Technologien wird im vorliegenden Beitrag dargestellt, wie weit die schweizerischen Parteien bei materiell komplexen, in die Zukunft gerichteten Fragestellungen diesem Anspruch (noch) zu genügen vermögen. Verschiedene Indizien sprechen für ein relativ schwach entwickeltes, in den beiden letzten Jahren aber deutlich gestiegenes Problembewusstsein; mittelfristig ist eine Verstärkung und Verbreiterung der Parteiaktivitäten in diesem Bereich zu erwarten. Dem steht jedoch der Umstand gegenüber, dass die schweizerischen Parteien über geringe eigene Analysekapazität verfügen. Ohne Ausbau einer eigenen wissenschaftlichen Politikberatung erscheint es fraglich, ob sie in der Lage sind, das notwendige politische Gegengewicht zum sich selbst legitimierenden Sachverständigen der übrigen Entscheidungsträger im Prozess der technologischen Innovation zu schaffen.»

Vorbehalte

Dies ist der Vorspann zu einem Beitrag von Hans Peter Hertig «Bit, Byte, Parteien und die Herausforderung der neuen Technologien» im «Schweizerischen Jahrbuch für Politische Wissenschaft» (26/1986). Dieses ist allerdings erst nach der von der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP) organisierten Tagung über Informationsgesellschaft und Arbeitswelt «Technologie: Herausforderung der Gegenwart – Baustein der Zukunft» vom August 1986 erschienen. Dennoch müssen sich die Parteien – und nicht nur die FDP – mit den eingangs gemachten Aussagen auseinandersetzen, auch wenn zum Artikel Hertigs verschiedene Vorbehalte anzubringen wären.

Auswirkungen auf Gesellschaft

Es stimmt, das Bewusstsein der Parteien – und damit ist auch jenes der Parteimitglieder angesprochen – ist in dieser Beziehung noch schwach entwickelt. Dies war denn auch einer der Gründe dafür, die die FDP veranlasst haben, die erwähnte Tagung durchzuführen. Zu Recht wird auch festgehalten, dass den Parteien «traditionellerweise eine wichtige Funktion im Prozess der Politisierung und der gesellschaftlichen Verankerung neuer Problemfelder» zukommt. Diese Funktion wollte die FDP mit ihrer Tagung und den dort für die Partei festgelegten Leitlinien ebenfalls erfüllen. Denn die technologische Ent-

wickelung der Mikroelektronik, der Informatik und ihrer Anwendung gestaltet nicht nur Produktionsprozesse, Produkte und Wirtschaftsstrukturen um, sondern dringt in fast alle Lebensbereiche ein und bewirkt nachhaltige sozioökonomische und gesellschaftliche Änderungen. Der technische Wandel ist und darf nicht nur ein Thema für Universitäten und die Wirtschaft sein, er ist, da jeder Einzelne davon tangiert wird, auch eines für die Parteien. Deshalb hatte die FDP in dieser Frage ein Zeichen gesetzt.



wickelung der Mikroelektronik, der Informatik und ihrer Anwendung gestaltet nicht nur Produktionsprozesse, Produkte und Wirtschaftsstrukturen um, sondern dringt in fast alle Lebensbereiche ein und bewirkt nachhaltige sozioökonomische und gesellschaftliche Änderungen. Der technische Wandel ist und darf nicht nur ein Thema für Universitäten und die Wirtschaft sein, er ist, da jeder Einzelne davon tangiert wird, auch eines für die Parteien. Deshalb hatte die FDP in dieser Frage ein Zeichen gesetzt.

FDP nahm Herausforderung an

Im Blick zurück darf festgehalten werden, dass das Ziel, das sich die Parteileitung vorgenommen hat, erreicht wurde: Die Teilnehmer haben sich intensiv mit einem für sie neuen Thema auseinandergesetzt. Der bisher unbefriedigende Dialog zwischen Fachleuten und Politikern konnte, neben der Vermittlung von Informationen und Meinungen zu den neuen Technologien, in Gang gebracht werden. Als erste schweizerische Partei widmete die FDP diesem Thema einen Parteitag. Sie dokumentierte damit einmal mehr ihre Offenheit für neue Entwicklungen und ihre Bereitschaft zur Suche nach entsprechenden Lösungen, die, wie die Thesen zeigen, allerdings nicht allein mit einem starren Blick auf den Staat zu finden sind. Gerade weil die Freisinnigen als Liberale nicht alles Heil vom Staat erwarten, sind die neuen Technologien eine Herausforderung, denen Antworten gegenüberzustellen sind. Die FDP hat versucht, solche mit ihren Thesen zu finden.

Nicht nur die Tagung selbst fand grosse Beachtung, sondern auch die in deren Vorfeld publizierte «Politische Rundschau» (2D/86, deutschsprachige Ausgabe; 2F/86, französischsprachige Ausgabe). Im Nachgang zu dieser Tagung erschien eine weitere Nummer der «Politischen Rundschau» (3/86). Diese enthält nicht nur die erwähnten Thesen, son-



Weitere Mitglieder der freisinnig-demokratischen Fraktion der Bundesversammlung haben auf Ende der laufenden Legislaturperiode ihren Rücktritt aus den eidgenössischen Räten bekanntgegeben. Es sind dies Ständerat Edouard Debétaz (VD) sowie die Nationalräte Ulrich Ammann (Langenthal), Georg Nef (Hemberg SG) sowie Dr. Urs Schwarz (Zofingen). Das Wirken der Scheidenden wird im «Freisinn» zu gegebener Zeit gewürdigt.

Zwei neue Mitglieder in der freisinnigen Ständeratsgruppe: Für den zum Nachfolger von Dr. Othmar Andermatt gewählten Zuger Regierungsrat Andreas Iten (Mitglied der Geschäftsleitung der FDP der Schweiz) begann die eidgenössische «Karriere» mit der Früh-



Edouard Debétaz



Urs Schwarz



Michel Flückiger

Zur Diskussion um die gleichen Rechte

«Wir wollen Frauen bleiben»

Mit dem vom Nationalrat in der Frühjahrsession beratenen Rechtssetzungsprogramm «Gleiche Rechte für Mann und Frau» ist nun – hoffentlich zum letztenmal – genauestens aufgelistet worden, was uns Frauen zu unserem «vollen Glück» (d. h. absolute Gleichstellung) noch fehlt. Diese Meinung vertritt FDP-Nationalrätin Susi Eppenberger (Nesslau SG):

Statt immer noch mehr Gleichmacherei zu fordern, könnte man den Spiess auch einmal umdrehen und anerkennen, dass wir Schweizer Frauen punkto Gleichwertigkeit und Entfaltungsmöglichkeiten viel besser dastehen als die meisten unserer Mitschwester in den Industrie- und Entwicklungsländern der westlichen und östlichen Welt, die teilweise seit Generationen auf dem Papier keine gesetzlichen Ungleichheiten kennen, die Realitäten aber anders sind. Wir haben innert 15 Jahren erreicht, was während vieler Generationen nicht gelungen ist.

Fortschritt anerkennen

Viel von diesem Gleichberechtigungs-«Gestürm» ist nicht echt: es wird importiert und verbreitet von Leuten, die mit den geschichtlichen und gesellschaftspolitischen Entwicklungen und Möglichkeiten unseres Landes wenig vertraut sind. Dabei ist nicht zu übersehen, dass in der Schweiz eine kontinuierliche Entwicklung zugunsten der Selbständigkeit der Frau festzustellen ist.

Gleichheitsartikel als Markstein

Mit dem Gleichheitsartikel in der Bundesverfassung ist der grosse Markstein für uns Frauen gesetzt worden, hinter den zurück nie-

mand mehr gehen will und kann. Wir freisinnigen Frauen möchten aber nicht «Gleichmacherei à tout prix», sondern Entfaltungsmöglichkeiten für alle, ohne gesetzliche Schranken. Bundesrätin Kopp hat eindeutig ihre Marsch-



richtung bekanntgegeben: Besserstellung der Geschiedenen, Witwerrenten bei Betreuungsaufgaben, Einbezug der Frauen in die Gesamtverteidigung. Eine Richtung, die von uns freisinnigen Frauen unterstützt wird.

Problematisch wird es, wenn extreme Frauen ein Abgehen von dem unsere Gesellschaft prägenden Familienmodell anstreben wollen. Solchen Absichten ist rechtzeitig ein Riegel zu schieben. Denn wir Frauen wollen Frauen bleiben!

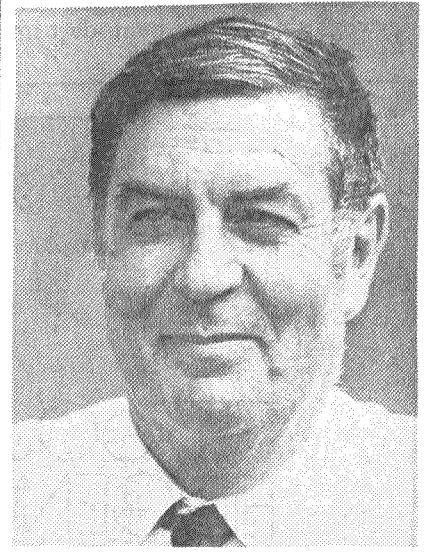
jahrsession. Beachten Sie seinen Erlebnisbericht nach seiner ersten Session auf Seite 1.

Bereits zu Beginn der Wintersession konnte die Fraktion eine

neues Mitglied begrüßen: Für den infolge seiner Wahl in die jurassische Regierung aus dem Ständerat zurückgetretenen Gaston Brahier rückte Michel Flückiger nach.



Georg Nef



Ulrich Ammann

Eidgenössische Volksabstimmung vom 5. April:

Ja
zum verbesserten Asylgesetz

weil Missbräuche bekämpft und dafür echt Verfolgten geholfen werden kann.

Ja
zum verschärften Ausländergesetz

weil damit unser Asylrecht nicht länger umgangen werden kann.

Nein
zum Rüstungsreferendum

weil es gegen unsere Landesverteidigung gerichtet ist und Sonderrecht einführen will.

Nein
zur Neuregelung des Abstimmungsverfahrens

weil diese nur Verwirrung statt Klarheit schafft.



Bitte senden Sie mir

.... Exemplare (à Fr. 5.-) «Politische Rundschau»: Materialien zur FDP-Tagung über Informationsgesellschaft und Arbeitswelt

.... Exemplare (à Fr. 5.-) «Politische Rundschau»: FDP-Postulate zu neuen Technologien, Informationsgesellschaft und Arbeitswelt

Name

Strasse

PLZ/Ort

Talon bitte einsenden an FDP-Generalsekretariat, Postfach 2642, 3001 Bern.

Umstrittene Eigenmietwertbesteuerung

Eigenheim – Milchkuh für den Fiskus?

Das Thema der Besteuerung des Wertes der Eigennutzung von Liegenschaften, der sogenannten Eigenmietwertbesteuerung, hat in jüngster Zeit erneut für Schlagzeilen gesorgt. In mehreren Kantonen wurden Volksinitiativen teils zu einer massvolleren Ausgestaltung, teils zur Aufhebung der steuerlichen Heranziehung der Eigennutzung von Wohneigentum, die letzteren allerdings verbunden mit einer Begrenzung der Schuldenabzugsmöglichkeit, lanciert.

Im September des vergangenen Jahres verwarfen die Stimmbürger im Kanton Luzern mit einem beachtlichen Ja-Anteil von 43,5% ein Volksbegehren zur Reduktion der Luzerner Eigenmietwertbesteuerung. Eine entsprechende Initiative im Kanton St. Gallen wurde im Dezember 1986 vom Bundesgericht mit dem Argument, sie verstosse gegen die Steuergerechtigkeit und die Rechtsgleichheit, für ungültig erklärt. Nicht für eine Befreiung von der Eigenmietwertbesteuerung, aber doch für eine massvolle Festsetzung der Steuerwerte hat sich Mitte Januar die Nationalratskommission zur Vorbereitung des Gesetzes über die direkte Bundessteuer ausgesprochen.

Fiskalische Barrieren

Für viele Mitbürger ist das eigene Heim beziehungsweise die eigene Wohnung ein nach wie vor wichtiges und erstrebenswertes Ziel, stellt es doch eine solide, langfristige Anlage dar. Das Eigenheim stärkt ausserdem die Verbundenheit mit der engeren und weiteren Heimat und gewinnt damit unbestreitbare staatspolitische Bedeutung. Die Förderung der Selbstvorsorge, insbesondere durch Massnahmen der Fiskal- und Eigentumpolitik, ist denn auch eine verfassungsmässige Aufgabe des Bundes.

Die derzeitige steuerliche Behandlung des Wohneigentums wird diesem Auftrag dagegen keineswegs gerecht, sie behindert im

Gegenteil seine Erfüllung. Eigenheimbesitzer werden vom Fiskus gleich mehrfach zur Kasse gebeten. Bei der Eigentumsübertragung fallen die Handänderungssteuer und die Grundstückgewinnsteuer an. Letztere wirkt sich vor allem dann negativ aus, wenn der Erlös aus der Veräusserung eines selbstgenutzten Wohnobjektes der Ersatzbeschaffung dient. Während der Dauer des Eigentums unterliegt der Eigenheimbesitzer der Steuer auf dem sogenannten Eigenmietwert, der Vermögenssteuer sowie in einigen Kantonen zusätzlich noch der Liegenschaftsteuer. Hinzu kommen Unterhaltskosten und sehr häufig Kapitalzinsen.

Fiktives Einkommen?

Die Belastung des Wohneigentümers erfährt nun noch eine weitere Verschärfung, indem insbesondere bei der Besteuerung der Selbstnutzung des eigenen Heims mit dem Eigenmietwert ein fiktives, keinen Güter- oder Geldeingang darstellendes Einkommen herangezogen wird. Dies kann beispielsweise bei Rentnern mit bescheidenen Resteinkommen Liquiditätsschwierigkeiten, einen Eingriff in die Vermögenssubstanz und schliesslich den Verlust des angestammten Heims zur Folge haben. Zu Bedenken Anlass gibt ferner die Tatsache, dass Wohneigentümer, die ihre Hypothekenschuld zurückbezahlt haben, keine Schuldzinsen mehr vom Einkommen abziehen kön-



Es scheint gerade, als ob Volkswirtschaftsminister Jean-Pascal Delamuraz im Nationalratssaal vor dem Wandgemälde mit der Rütli-landschaft und dem Urnersee die Schönheit der Schweiz anpreisen würde. (Photo ruti)

nen und damit von der Eigenmietwertbesteuerung mit voller Härte getroffen werden.

Überdies erscheint mit der Eigenmietwertbesteuerung die gleiche Behandlung gleicher steuerlicher Tatbestände nicht gewährleistet. Wer sein Kapital nämlich anderweitig ertraglos anlegt, braucht auch keine fiktiven Erträge zu versteuern. Im Gegensatz zum Wohneigentum sind bei andern Vermögenswerten nur tatsächliche Erträge Gegenstand der Besteuerung. Da das Wohnen an sich zur Lebenshaltung gehört und sich nicht im Bereich der Einkommenserzielung, sondern in der Konsumsphäre, also im Be-

reich der Einkommensverwendung, abspielt, stellt sich schliesslich prinzipiell die Frage, ob Tatbestände aus letzterem überhaupt als Einkommensbestandteile zu betrachten sind.

Den Bogen nicht überspannen

International ist die Besteuerung der Eigennutzung des Wohneigentums als Einkommen nicht weit verbreitet. In der Bundesrepublik Deutschland besteht sie seit dem 1. Januar 1987 nicht mehr. Wenn in der Schweiz nicht auf die Eigenmietwertbesteuerung verzichtet werden soll, so ist doch

anzustreben, dass sie sich angesichts der zahlreichen anderen Belastungen des Wohneigentums zumindest in Grenzen hält. Abzulehnen ist eine Besteuerung zum theoretischen Marktwert. Insbesondere bei Lagewertveränderungen kann dies zu Härtefällen führen, ganz abgesehen davon, dass der Eigentümer ja in der Regel in seinem Eigenheim bleiben und es nicht vermieten will.

Im Fiskalbereich verfügt der Staat über wirksame und ohne administrativen Aufwand einsetzbare Mittel zur Eigentumsförderung. Eines davon besteht in einer zurückhaltenden Besteuerung des Wohneigentums.



Mike Williams

WAS HAT IHR BÄR IN LETZTER ZEIT FÜR SIE GETAN?

Hat Ihr Berater Ihrem Portefeuille immer seine volle Aufmerksamkeit gewidmet und Massnahmen ergriffen, ohne die eine optimale Vermögensverwaltung nicht möglich ist? Jahrein, jahraus? In guten und in schlechten Tagen?

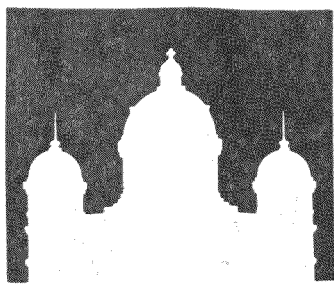
Wenn nicht, denken Sie über eine Zusammenarbeit mit der Bank Julius Bär nach, einer der führenden Privatbanken.

Seit über 40 Jahren haben wir uns auf die internationale Vermögensverwaltung spezialisiert und betreuen eine anspruchsvolle, wachsende Kundschaft in aller Welt.

Bank Julius Bär. Wir können viel für Sie tun. Prüfen Sie uns.

JB^{CO}B BANK JULIUS BÄR
For the fine art of Swiss banking.

Bahnhofstr. 36, 8010 Zürich, Tel. (01) 228 5111, Tx. 823 865



60 JAHRE EIDGENÖSSISCHE POLITIK

Ein Beitrag zur
Parteigeschichte
des schweizerischen
Freisinns

von Dr. Eugen Dietschi
alt Ständerat, Basel

Vor wenigen Jahren verfasste der verstorbene alt National- und Ständerat Dr. Eugen Dietschi den zweiten Teil der Geschichte der FDP der Schweiz. Sein Werk mit dem Titel «60 Jahre eidgenössische Politik» ist eine zum grössten Teil aus eigenem Miterleben gestaltete Darstellung der ereignisreichen Jahrzehnte seit dem Ende des Ersten Weltkrieges. Es ist nicht nur ein Beitrag zur Parteigeschichte, sondern generell zur Geschichte der Schweiz in jüngster Zeit.

Ich bestelle ... Ex. «60 Jahre eidgenössische Politik» (Dietschi) zum Preis von je Fr. 28.- inkl. Porto und Verpackung.

Name, Vorname

Strasse

PLZ, Ort

Datum, Unterschrift

Bitte einsenden an FDP der Schweiz, Postfach 2642, 3001 Bern.